

Bericht und Antrag

des Provinzialausschusses,
betreffend Verwendung der für außerordentliche Zwecke des Straßenbaues für das
Rechnungsjahr 1928 bereitzustellenden Mittel.

In dem dem 71. Provinziallandtage im März 1926 erstatteten „Bericht des Provinzialausschusses über die Zunahme des Verkehrs auf den Provinzialstraßen, die Anpassung der Straßen an den Verkehr und die dadurch entstehenden Kosten“ ist ausgeführt, daß zur Anpassung der Straßenfahrbahnen an den Kraftwagenverkehr unter Berücksichtigung der zu erwartenden Zunahme des Verkehrs aus wirtschaftlichen Gründen erwünscht wäre, innerhalb zehn Jahren etwa ein Drittel des Straßennetzes, das dann mit einer Länge von rd. 7600 km in Unterhaltung und Verwaltung des Provinzialverbandes stehen würde, mit schweren Befestigungen auszubauen. In diesem Bericht wurde dann weiter ausgeführt, daß zur Durchführung dieser Maßnahme in zehn Jahren etwa 150 000 000 RM. erforderlich wären. Für den Ausbau der vorhandenen Straßen wurden im Jahre 1926 10 000 000 RM., im Jahre 1927 16 000 000 RM. außerordentlich bewilligt, außerdem 3 000 000 RM. für den Ausbau von Kreis- und Gemeindewegen zu Provinzialstraßen.

Auch im Rechnungsjahre 1928 verlangt die baldige wirtschaftliche Ausgestaltung des Straßennetzes, mit außerordentlichen Mitteln die Anpassung der Fahrbahnen zu beschleunigen sowie den Ausbau von Kreis- und Gemeindewegen zu Provinzialstraßen und den Neubau von Ausfall- und Verbindungsstraßen der Großstädte zu fördern. In einer besonderen Vorlage schlägt daher der Provinzialausschuß dem Landtage die Aufnahme einer Anleihe zur Beschaffung von 10 000 000 RM. außerordentlicher Mittel für die Zwecke des Straßenbaues vor.

5 000 000 RM. sollen zum weiteren Ausbau des vorhandenen Straßennetzes dienen. Der Betrag ist zunächst zur Verarbeitung des im Winter 1927/28 aus Anleihemitteln beschafften Steinmaterials und für Aufträge an die Steinindustrie im Winter 1928/29 bestimmt. Ein Teilbetrag von 550 000 RM. soll für die Erbreiterung der Straße Köln-Luzemburg von Hermülheim bis Köln verwandt werden. Dieserhalb wird auf die dem Landtage vorliegende „Denkschrift über die Entwicklung des Landstraßenwesens in der Rheinprovinz, insbesondere den Ausbau des Straßennetzes seit Kriegsende“ (Seite 118) verwiesen.

3 000 000 RM. sollen zum weiteren Ausbau von Kreis- und Gemeindewegen zu Provinzialstraßen gebraucht und an die Landkreise und Gemeinden in Form von Beihilfen verteilt werden. Der Betrag wird zusammen mit dem im ordentlichen Haushaltsplane zur Unterstützung des Kreis- und Gemeindegewerbaues unter Tittel II vorgesehenen Betrage von 1 000 000 RM. genügen, um die im Bau begriffenen rd. 360 km Provinzialstraßen mit Beihilfen so zu bedenken, daß der Bau fortgesetzt werden kann und ihre Fertigstellung gesichert ist.

2 000 000 RM. sollen zum Bau einer Umgehungsstraße für die 6 km lange Ortslage Godorf-Wesseling im Straßenzuge Köln-Bonn verwandt werden. Diese Umgehung ist ein Teil der von der Verwaltung in Aussicht genommenen neuen Straße von Köln nach Bonn. Wegen der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Baues wird auf die erwähnte Denkschrift (Seite 115) hingewiesen. Auch die Kosten der Vorarbeiten für die Fortsetzung des Straßenzuges über Köln hinaus nach dem Industriegebiet sollen aus dem Betrage gedeckt werden. In der angehefteten Karte ist in rot die Umgehung eingetragen mit Anschluß an die alte Straße, die in diesem Falle erbreitert werden soll, in grün die Linienführung bei Anschluß an zwei neu zu bauende Straßenstücke. Welche von den beiden Linien gewählt werden soll, unterliegt noch der Prüfung. Der Anschluß an die städtischen Straßennetze in Köln und Bonn wird im Einvernehmen mit den Stadtverwaltungen entworfen werden.

Da das Straßenstück a-b der Umgehung auf alle Fälle gebaut werden soll, gleichviel ob zum Anschluß die alte Straße erbreitert oder eine neue Straße zu bauen sich empfiehlt, so ist in Aussicht genommen, schon im Herbst 1928 auf dieser Strecke mit dem Grunderwerb, den Erdarbeiten und dem Grundbau zu beginnen. Der Bau wird während der Wintermonate, da es sich um einfache Erdarbeiten und Herstellung von Packlage handelt, vielen, auch ungelerten Arbeitern Beschäftigung bringen.

Ein ausführlicher Entwurf nebst Kostenanschlag wird dem nächsten Landtag vorgelegt werden.